№ 51 B 25 Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 30. Januar 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig 100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Preußenkrise entspannt.

Kompromiß in der Grundsteuer.

Im Preußischen Landtag trat mittags kurz nach ½1 Uhr der Interfraktionelle Ausschuß zusammen, um zur Grundsteuer erneut Stellung zu nehmen. Wie verlautet, erklärte das Zentrum, das bisher an dem Satze von 18 Pfennig für das Tausend festhielt, bis zu 20 Pfennig als höchstgrenze gehen zu wollen. Ueber die Auswirkungen hinsichtlich des steuerlichen Ergebnisses wird beraten. Der Hauptausschuß wird nach Abschluß dieser Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses sofort wieder zusammentreten.

Wie wir hören, kann die Gefahr einer preußischen Regierungskrise als beseitigt gelten, weil in der heute vormittag stattgehabten Sitzung der Landtagsfraktion des Zentrums eine Einigung mit der Regierung erzielt worden ist. Das Zentrum wird voraussichtlich auf seinen Antrag, der eine Herabsetzung der Steuer um 20 v. H. verlangte, verzichten, während die Regierung den Zentrumswünschen in der Staffelungsfrage entgegenkommen will.

*

Die heutige Sitzung des Preußischen Landtags wurde von Präsident Leinert um 12 Uhr 20 Min. eröffnet.

Auf der Tagesordnung steht die Notverordnung über die Grundvermögensteuer mit den dazu gestellten Anträgen.

Da der Antrag des Hauptausschusses noch nicht vorliegt, schlägt Präsident Leinert vor, die Sitzung bis 3 Uhr zu vertagen.

Abg. v. d. Osten (Dnat. Vp.) wendet sich gegen die Vertagung und erhebt entschiedensten Einspruch gegen die Tätigkeit des Hauptausschusses. Die Opposition habe oft stundenlang warten müssen, während die Mehrheitsparteien unter sich Beratungen abhielten. Schließlich kam dann nichts als eine Vertagung heraus, da sich die Mehrheitsparteien noch nicht einig waren. Das Parlament habe allen Anlaß, sich mit dieser Geschäftsführung zu befassen, die jedem parlamentarischen Brauch widerspreche. Wenn es zur Sitte werden solle, daß hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, dann würden der Opposition überhaupt alle Rechte genommen.

Abg. **Koch** (Komm.) legt gleichfalls Verwahrung gegen die vorgeschlagene Vertagung bis 3 Uhr ein sowie dagegen, daß die Entscheidung über die Grundsteuer hinter verschlossenen Türen stattfinden soll. Seine Partei mache diese Schiebung nicht mit. (Große Unruhe im ganzen Hause.)

Hierauf wird die Sitzung, dem Vorschlage des Präsidenten entsprechend, auf 3 Uhr vertagt, damit inzwischen der Ausschuß seine auf 1 Uhr anberaumte Sitzung abhalten kann, um möglichst eine endgültige Entscheidung über die Grundsteuer herbeizuführen.

Heute dritte Steuerverordnung.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung, wie jetzt mitgeteilt wird, seine langwierigen Beratungen über die dritte Steuernotverordnung zum Abschluß gebracht. Das Ergebnis der Beratungen bedarf aber noch der genauen Formulierung im einzelnen. Es wird darüber noch heute eine offizielle Mitteilung herauskommen, und die Verordnung selbst wird dann auch so bald als möglich veröffentlicht werden.

Englische Friedenspolitik.

Von

Dr. W. H. Edwards,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **London,** 26. Januar.

In unterrichteten politischen Kreisen in London hat man sich einige Tage lang den Kopf darüber zerbrochen, wie eine englische Regierung, die noch keine Programmerklärung vor dem englischen Parlament abgegeben hat und sie vor dem 12. Februar nicht abgeben kann, mit der notwendigen Promptheit auf Poincarés Aufforderung „an jede englische Regierung" die Sicherheitsfrage mit Frankreich zu diskutieren, reagieren werde. Mitte dieser Woche lief dann das Gerücht um, daß eine Wahlversammlung in der City Lord Grey die Gelegenheit geben werde, vor den Führern der englischen Hochfinanz außenpolitische Erklärungen von größter Tragweite abzugeben. In dem Cannonstreet-Hotel, im Schatten der Börse und der Bank von England, versammelten sich dann am Donnerstag auf der Platform, von der Grey sprach, zahlreiche führende Persönlichkeiten der City, darunter die Chefs der Westminster-Bank und Lloyds-Bank sowie Lord Swathling, der berühmte angloindische Bankier. Grey, der in dem einleitenden innenpolitischen Abschnitt seiner Rede die Machtlosigkeit der Arbeiterpartei und die Abhängigkeit dieser Partei von der Unterstützung der Liberalen besonders deutlich betonte, entwickte dann sein Friedensprogramm, das am nächsten Tage bezeichnenderweise vom Organ der Arbeiterpartei, dem „Daily Herald", günstig aufgenommen wurde. Dieses Blatt, das bisher wegen der unklaren Haltung von Grey im Juli 1914 zu den schärfsten Gegnern des liberalen Außenpolitikers gehört hatte, verstieg sich sogar zu der Anerkennung, man könne Grey wegen dieser vernünftigen Rede die Sünden der Vergangenheit vergeben. Eine Aeußerung, die man in eingeweihten Kreisen — ob mit Recht, das sei dahingestellt — dahin ausgelegt hat, daß das Organ der Arbeiterpartei seine Parteigenossen auf die Möglichkeit einer Ernennung Greys zum Botschafter in Paris zu vorsichtiger Form vorbereiten wollte. Bei der außenpolitischen Bewertung Greyscher Aeußerungen in der nächsten Zukunft wird man gut daran tun, sich in Deutschland daran zu erinnern, daß die Minister Lord Haldane, Lord Parmoor, Lord Chelmsford und Sir Sidney Olivier zum engeren Freundeskreis von Grey gehören, und daß Ponsonby mütterlicherseits mit Grey verwandt ist. Ramsay Macdonalds erste Amtshandlung, die bisher über zahlreiche Ministerien verfügten juristischen und finanziellen Völkerbundsbeschäftigten unter Leitung von Lord Parmoor in einer großen und neuen Sektion des Foreign Office zusammenzufassen, ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Arbeiterpartei, die vor einem Jahr nur Verachtung für den Völkerbund aufbringen konnte und ihn als das „Polizeigericht der Siegerstaaten" zu bezeichnen pflegte, restlos die liberale Formel: Friedenssicherung nur durch den Völkerbund hat akzeptieren müssen.

Während vor sechs Monaten autoritative außenpolitische Aeußerungen, die von englischer Seite ausgingen, in Frankreich höchstens Spott und Hohn ernteten, wenn sie nicht überhaupt ignoriert wurden, sieht man sich jetzt in Frankreich genötigt, teils durch die Misere der eigenen Lage, teils aus Furcht, den Faden mit England abreißen zu lassen, wieder nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Diskussion über die zukünftige Gestaltung der englisch-französischen Beziehungen sachlicher, realpolitischer und herzlicher zu gestalten. Während Poincaré von der Kammertribüne seine Bereitwilligkeit erklärt, mit jeder englischen Regierung zusammenzuarbeiten, die bereit ist, Frankreichs Sicherungsbedürfnis Rechnung zu tragen, hat einer seiner vertrautesten Mitarbeiter in der am 1. Februar erscheinenden Nummer der „Fortnightly Review" eine französische Antwort auf den Artikel über Englands Gleichgewichtspolitik beigesteuert, der seinerzeit in der „Vossischen Zeitung" auszüglich wiedergegeben wurde.

Der französische Außenpolitiker, der sich ebenso wie der Vertreter des englischen Standpunktes hinter einem Pseudonym verbirgt, geht davon aus, die englische Theorie des europäischen Gleichgewichtes als „antiquiert" und „unwirklich" zu bezeichnen. Diese englische Politik habe nur ein Ziel, in Europa einen Zustand zu schaffen, bei dem England keinen ebenbürtigen politischen Konkurrenten habe, indem „die europäischen Staaten gegen einander und Gruppe gegen Gruppe ausgespielt würden", um ein Remis zu erzielen, in einem Wort, um einen Zustand allgemeiner politischer Impotenz herzustellen und ihn dann Frieden zu nennen. Demgegenüber wird der französische Standpunkt folgendermaßen umschrieben:

„Frankreich verlangt einen gut fundierten, dauernden Frieden. Es verlangt einen Frieden, der durch starke Schutzmächte erhalten wird und daher von Dauer sein kann. Ohne falsche Scham bekennen wir uns zu der Ueberzeugung, daß Macht notwendig ist für die Aufrechterhaltung jeder internationalen politischen Regelung, und zwar, daß Macht um so notwendiger ist, je gerechter eine Regelung sein mag. Wir sind stets damit beschäftigt und waren stets damit beschäftigt, einen Damm zu bauen gegen die Bedrohung unserer Ostgrenze. Kräfte, die stärker sind als geschriebene Verträge und politische Konferenzen, ziehen die Geschicke der Völker dahin auf dem Strome der Zeit. Für uns hat

Der Briefwechsel Macdonald–Poincaré.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris,** 30. Januar.

Bis jetzt liegen von französischer Seite keine Informationen über den Briefwechsel zwischen Ramsay Macdonald und Poincaré hier vor. Alle Mitteilungen der Pariser Morgenblätter darüber sind der englischen Presse entnommen, was zur Verhütung von Mißverständnissen ausdrücklich betont sei.

Nach den Angaben, die „Pertinax" im „Echo de Paris" veröffentlicht — falls die Mitteilungen über den Briefwechsel zutreffen — besteht kein direkter Zusammenhang zwischen der Sonntagsreise des belgischen Ministers Jaspar und dem Briefe Ramsay Macdonalds, der Poincaré erst Montag nachmittag durch den englischen Botschafter überreicht wurde.

Da hier einstweilen dieser ganze Briefwechsel abgeleugnet oder jedenfalls nicht zugestanden wird, verlautet natürlich von französischer amtlicher Seite bisher auch nichts darüber, ob der Brief Ramsay Macdonalds und die Antwort Poincarés veröffentlicht werden. „Pertinax" vergleicht die Briefe mit den Telegrammen, die früher zwischen Paris und London nach der Ernennung eines neuen Kabinetts stets gewechselt wurden. Nach seiner Ansicht ist der Briefwechsel ebenso bedeutungslos, wie früher der Telegrammwechsel es war. Diese Auffassung wird aber durch die Geheimhaltung der Tatsache, daß Briefe überhaupt gewechselt wurden, ausreichend widerlegt.

In französischen politischen Kreisen mißt man jedenfalls der ersten Eröffnung Ramsay Macdonalds und der Antwort Poincarés, in welcher Form „offiziell" oder ganz inoffiziell, diese Fühlungnahme auch stattgefunden haben mag, größte Bedeutung bei. Man scheint hier die in englischen Meldungen betonte Auffassung zu teilen, daß dieser erste Meinungsaustausch den Beginn einer Entspannung darstelle.

*

Der Londoner Korrespondent des „Matin" macht einige Angaben über den Inhalt des Briefes Ramsay Macdonalds an Poincaré. Danach bemerkt Macdonald in seinem Schreiben, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich nicht mehr so seien, wie sie noch vor einiger Zeit gewesen sind. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die französische Politik zahlreiche Einwendungen hervorrufe, und daß die englische öffentliche Meinung sich immer stärker um die Zukunft Europas beunruhige. Infolgedessen fordert Ramsay Macdonald Poincaré auf, ihm behilflich zu sein, alle augenblicklich schwebenden Probleme endgültig und vollständig zu lösen. Er erklärt, er sei bereit, hierzu die nötigen Zugeständnisse zu machen, vorausgesetzt, daß die französische Regierung ihrerseits das gleiche tue. Poincarés Antwort soll, dem gleichen Korrespondenten zufolge, in einem sehr versöhnlichen Tone gehalten sein.

Die Sachverständigen im Reichswirtschaftsrat.

Die gestern abend hier eingetroffene Erste Sachverständigen-Kommission ist heute vormittag 11 Uhr im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu einer internen Besprechung zusammengetreten, in der es sich hauptsächlich um die Aufstellung eines Arbeitsprogramms handelte.

*

Das rechtsradikale Organ des Dr. Mauvenbrecher feiert Orgien der Hetze. Als „Gruß" für die soeben in Berlin eingetroffenen Sachverständigen veranstaltet diese „Deutsche Zeitung" eine Scherbenfluche, bei der wieder einmal deutsches Schicksal Ziel der plumpen Würfe ist. Die „Deutsche Zeitung" bringt Geschmacklosigkeit genug auf, folgendes zu schreiben:

„Wir streiten, großzegzogen in der Ehrauffassung des alten Königs Wilhelm, auch keinem ohne weiteres das Recht ab, sich für einen Ehrenmann zu halten, — als Dames aber, als Kommission einer Reihe blutreinstrigter Feinde und den Leichnam Deutschland schändender Judasen sind sie uns höchst widerwärtig und wir sind daher auch nicht in der Lage, ihnen einen Willkommengruß zu entbieten. Für uns sind sie — im ganzen genommen — nichts anderes als Schergen, die einer habgierigen Meute Dienste leisten."

Die Presse der Reichshauptstadt hat die Sachverständigen heute durchweg voll Takt und Würde begrüßt. Die „Deutsche Zeitung" legt, wie sie selbst schreibt, „Wert darauf", daß sie „die Sache ganz anders" ansieht. Ihr Kraftbewußtsein ist so groß, daß sie an die Mitteilung, das Material, das die Reichsregierung für die Sachverständigen zur Verfügung halte, sei englisch und französisch abgefaßt, in den offiziellen Sprachen des Versailler Vertrages also, die Bemerkung knüpft, dies hätte in deutscher Sprache zu geschehen. Ganz im „Jargon" der „händlerisch eingestellten" Presse tadomonkiert die „Dt. Ztg.":

„Deutsch zu lernen, haben die Volksgenossen der sehr ehrenwerten Herren Vertreter der Ausschüsse in vier Kriegsjahren reichlich Zeit genug gehabt. Sollte diese Lehrzeit nicht ausgereicht haben, so sind wir gern bereit, eine neue Unterweisung zu erteilen".

Großgezogen in der Ehrauffassung des alten Königs Wilhelm? Mag sein! Sicher aber großgezogen in der Weltauffassung des letzten Königs Wilhelm!

McKennas Abreise.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **London,** 29. Januar.

Der englische Vorsitzende der Zweiten Sachverständigenkommission für Feststellung der deutschen Auslandguthaben, der Direktor der Midlandbank McKenna, der auf seiner Reise nach Berlin von Sir William Plender, einem der angesehensten Londoner Bücherrevisoren, begleitet wird, erklärte einer Reuter-Meldung zufolge, er hoffe, daß der Sachverständigenausschuß seine Arbeiten in ungefähr einer Woche erledigen werde, aber er könne nichts Bestimmtes darüber sagen.